

INTERPELLATION von Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil), Dr. Anna Maria Riedi (SP, Zürich) und Dr. Ruth Gurny Cassee (SP, Maur) und Mitunterzeichnende

betreffend gezielte Existenzsicherung für Familien

In der Schweiz sind Familien mit mehr als zwei Kindern oder Teilfamilien besonders von Armut betroffen. Eine gezielte Unterstützung dieser Gruppen ist notwendig, um die Chancengleichheit der Kinder und den sozialen Frieden nachhaltig zu gewährleisten.

Eine von der SP Schweiz in Auftrag gegebene Studie hat nun gezeigt, dass mit einem gezielten Einsatz der für die Familienunterstützung bereits vorhandenen Mittel wesentlich bessere Resultate in der Armutsbekämpfung erzielt werden könnten. Vorgeschlagen wird die Abschaffung der Steuerabzüge und eine Neugestaltung der Familienzulagen, wobei die frei werdenden Mittel für substanzielle, vom Einkommen und Erwerbsstatus unabhängige Kinderrenten eingesetzt werden.

Das heutige System mit Kinderzulagen und Steuerabzügen erweist sich dagegen als eigentliche "Giesskanne", mit welcher vor allem die oberen Einkommensschichten entlastet werden.

Im Bestreben, die Suche nach neuen, innovativen Lösungsansätzen zu fördern, bitten wir den Regierungsrat um rasche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft die überdurchschnittliche Armutsquote der kinderreichen Familien und Alleinerziehenden auch für den Kanton Zürich zu?
2. Wie hoch ist die Gesamtsumme der im Kanton Zürich ausbezahlten Familien- beziehungsweise Kinderzulagen?
3. Wie viele Kinder und Auszubildende (beziehungsweise deren Eltern) kommen in den Genuss von Kinderzulagen beziehungsweise Stipendien? Wie viele Kinder lösen keine Kinderzulagen aus, weil ihre Eltern nicht oder selbständig erwerbend sind?
4. Wie hoch sind die Steuerausfälle im Kanton Zürich, die aus den Kinderabzügen resultieren?
5. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung der Interpellantinnen und Interpellanten, dass eine gezieltere Förderung der Familien mit mittleren und kleinen Einkommen notwendig ist? Wenn nein, bitten wir um detaillierte Begründung. Wenn ja, welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen?

Julia Gerber Rüegg
Dr. Anna Maria Riedi
Dr. Ruth Gurny Cassee

D. Jaun
C. Balocco
J. Tremp
U. Keller
H. Attenhofer

L. Waldner
R. Keller
S. Brändli
H. Buchs
R. Bapst

B. Volland
E. Derisiotis
Ch. Schürch
S. Rusca Speck
B. Egg

A. Bucher

C. Galladé